



INFOPOST

2. Februar 2024

AUSGABE 1/2024

*Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,*

auch in Berlin sind wir mit zwei Sitzungswochen in das neue Jahr gestartet. Zu meinen Themen im Wirtschafts- und Sportausschuss kam die abschließende Haushaltsberatung für dieses Jahr.

In dieser Woche haben wir zudem in einer Gedenkstunde der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Gastrednerin war u. a. die Holocaust-Überlebende Eva Szepesi, die mit 12 Jahren als eine von wenigen Kindern Auschwitz überlebte. Es erschüttert mich immer wieder, wie wir in Deutschland so etwas zulassen konnten! Deshalb macht es mich stolz, dass in den letzten Tagen rund zwei Millionen Menschen für die Demokratie auf die Straße gegangen sind. Danke dafür, denn dies stärkt uns auch im Parlament!

Der Haushalt für 2024 steht!

Die Haushaltsberatungen dauerten dieses Mal außergewöhnlich lange und waren schwierig. Auf der einen Seite hatte die Union geklagt, weil wir übriggebliebene Mittel aus der Coronazeit für den Umbau der Energieversorgung und der Wirtschaft nutzen wollten. Zum anderen ist die FDP nicht bereit, Steuern zu erhöhen oder die Schuldenbremse zu reformieren. Daher war unser Handlungsspielraum sehr eingeschränkt. Doch mittels Umschichtungen und Priorisierungen können wir auch in diesem Jahr in wichtige Bereiche investieren! Beispielsweise in die Wirtschaft und Infrastruktur, um Arbeitsplätze im Land zu halten. Insgesamt sind Ausgaben in Höhe von rund 477 Milliarden Euro vorgesehen, das sind 3,4 Prozent mehr als 2023. Trotzdem halten wir damit die Schuldenbremse ein.

Hier einige inhaltliche Beispiele:

Um Menschen gezielter in Arbeit zu bringen, setzen wir vermehrt auf Qualifizierung und Weiterbildung. Es gibt hier keine Einsparungen, denn diese Investitionen rechnen sich: Sie senken das Risiko von Arbeitslosigkeit, Alters- und Kinderarmut.

Für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen wir, indem es günstigere Zinsen für den Bau von Wohnungen im unteren und mittleren Preisbereich gibt. Außerdem können Gewerbeimmobilien zügiger in Wohnungen umgewandelt werden. Für den sozialen Wohnungsbau steht die Rekordsumme von 3,15 Milliarden Euro bereit.

Berliner Büro
Wahlkreis-Büro

Tel.: 030 227 78494
Tel.: 0231 286 786 18

Fax: 030 227 76496
Fax: 0231 286 786 16

sabine.poschmann@bundestag.de
sabine.poschmann.ma04@bundestag.de

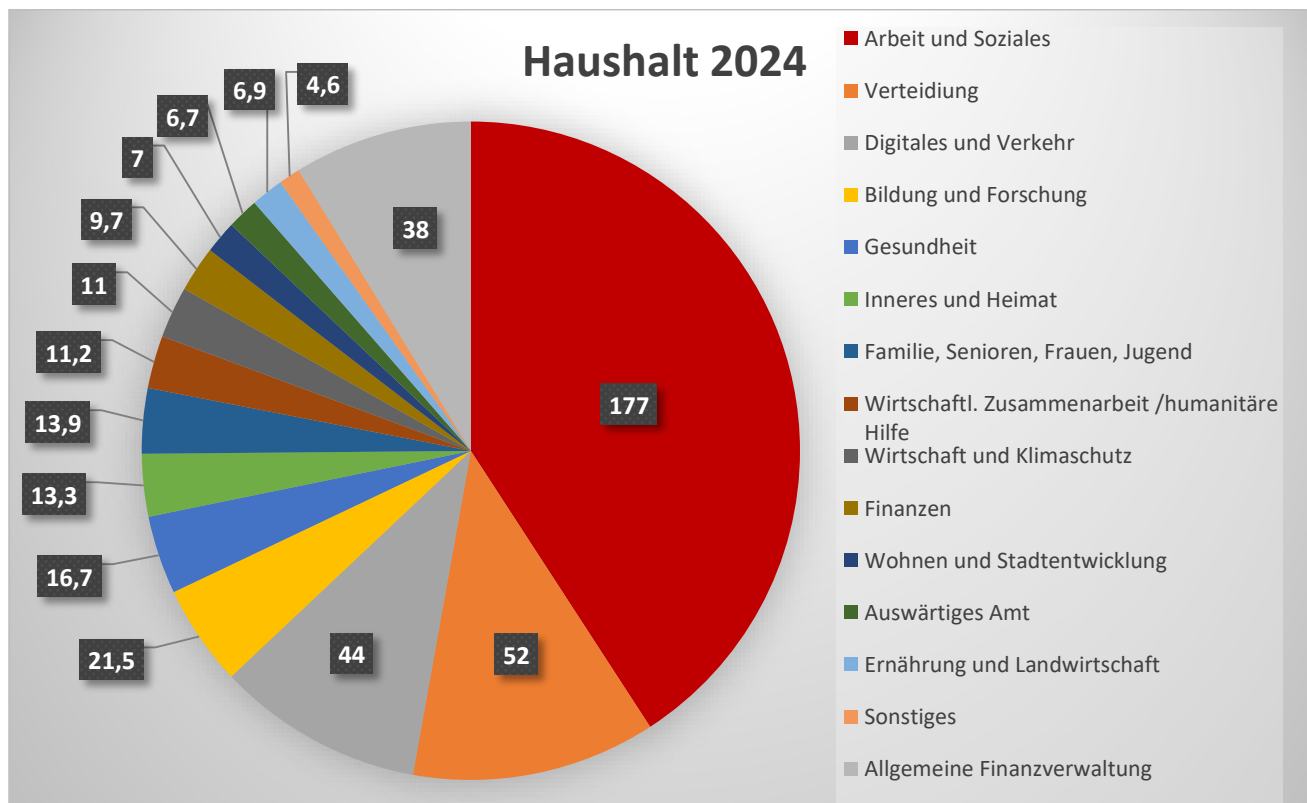
www.sabine-poschmann.de

<https://www.facebook.com/poschmann.spd>

Das Budget für Familien, Senior:innen und Jugendliche konnten wir in den Verhandlungen erhöhen. Die Gelder fließen beispielsweise in die Kinder- und Jugendarbeit, in das erhöhte Kindergeld sowie in die Stärkung des Ehrenamtes.

Damit unsere Demokratie wehrhaft bleibt, setzen wir auf politische Bildung und Prävention und stärken diesen Bereich mit mehr Mitteln für verschiedene Programme. Auch das Budget für das Bundeskriminalamt wird aufgestockt und es gibt 1.000 neue Planstellen bei der Bundespolizei.

Im Gesundheitsbereich investieren wir in die Digitalisierung, um u. a. die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte zu verbessern sowie in die Gesundheitsprävention, um Folgekosten zu reduzieren.



Unabhängige Anlaufstelle für die Bundespolizei

Mit dem neuen Amt einer oder eines Bundespolizeibeauftragten wird es erstmals eine unabhängige Stelle außerhalb der Bundespolizeibehörden geben. Dazu gehören das Bundeskriminalamt (BKA), die Bundespolizei sowie die Polizei des Deutschen Bundestages. Der oder die Beauftragte ist sowohl für die Beschäftigten als auch für die Bürger:innen zuständig, wenn es beispielsweise um ein mögliches Fehlverhalten einer Polizistin oder eines Polizisten geht. Beschäftigte können sich z. B. bei strukturellen Mängeln oder Fehlverhalten innerhalb der Behörde unmittelbar und ohne Einhaltung des Dienstweges an die Beauftragte bzw. den Beauftragten wenden. Damit bekommen Betroffene mehr Handlungsoptionen. Zudem wird das Vertrauen in die Institution Polizei gestärkt. Wie auch die Wehrbeauftragte Eva Högl ist die neue Ansprechperson im Bundestag angesiedelt und wird ebenfalls alle 5 Jahre vom Parlament gewählt.

Einheitskabel statt Kabelsalat!

Bislang gibt es für Handys, Kameras, Kopfhörer, Tablets, Videospielkonsolen oder Laptops jeweils ein eigenes Kabel mit unterschiedlichen Anschlüssen. Jede:r kennt das Problem! Nun werden die Anschlüsse EU-weit vereinheitlicht. Bis Ende 2024 soll USB-C zum neuen Standard-Kabel für alle Handys, Kameras und Kopfhörer werden. Ab 2026 wird dieser Anschluss dann auch für Laptops gelten. Damit wird die Verbraucherfreundlichkeit verbessert, Ressourcen geschont und Elektronikabfälle verringert. 2020 kauften beispielsweise EU-Bürger:innen etwa 420 Millionen elektronische Geräte. Dafür besitzen sie im Durchschnitt drei Ladegeräte, von denen sie regelmäßig zwei verwenden. Trotzdem gibt es immer wieder Probleme, weil man das passende Ladegerät grad nicht zu Hand hat. Damit wird bald Schluss sein!

Bessere Aufklärung bei Naturgefahren

Künftig soll es ein Naturgefahrenportal geben, um den Zugang zu Vorsorge- und Warninformationen in Deutschland zu verbessern. Auf der neuen Webseite werden Lage- und Vorsorgeinformationen sowie Frühwarnungen zu Unwetter, Hochwasser oder Sturmfluten bereitstehen. Jede interessierte Person kann ihre Adresse eingeben und erfahren, wie hoch das Risiko für verschiedene Naturgefahren an ihrem Ort grundsätzlich ist. Zudem können sich alle über die aktuelle Lage informieren und bekommen im Fall einer akuten Gefährdung eine Warnung angezeigt. Die Seite vom Deutschen Wetterdienst dient als zusätzliche Informationsquelle. Unabhängig davon wird es weiterhin Warnungen vom Katastrophenschutz geben, z. B. über die Warn-App „NINA“.

Freiwilligendienst bald in Teilzeit möglich

Jedes Jahr engagieren sich 100.000 Menschen in Freiwilligendiensten und stärken so den demokratischen Zusammenhalt in unserem Land. Sie sind aktiv im Bundesfreiwilligendienst (BFD), im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) oder im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ). Bisher ist das fast nur in Vollzeit möglich. Dies soll für Freiwillige unter 27 Jahren künftig flexibler werden. Wenn die Einsatzstelle einverstanden ist, kann der Dienst bis auf 20 Stunden pro Woche gekürzt werden. So werden die Dienste attraktiver, besonders für junge Menschen mit Familien- oder Pflegeaufgaben. Zudem soll die Obergrenze für das Taschengeld von derzeit 438 auf 584 Euro angehoben werden, so dass den Freiwilligen mehr gezahlt werden kann. Einsatzstellen können zusätzlich Mobilitätszuschläge zahlen.

Habt ihr eigentlich Vorsätze für das neue Jahr gefasst? Normalerweise mache ich das nicht, aber in diesem Jahr habe ich mir vorgenommen, körperlich etwas fitter zu werden. Dem langen Sitzen im Bundestag muss ich etwas entgegensetzen 😊

In den nächsten beiden Wochen bin ich zuhause, das heißt aber nicht auf der Couch, sondern z. B. bei der Jubilar-Ehrung in Scharnhorst, bei Sportvereinen meines Kollegen Michael Thews in Lünen, beim Unternehmen Heinrich Krug in der Nordstadt und dann natürlich auch auf den Karnevalsveranstaltungen in Dortmund. Schaut mal beim Rosenmontagsumzug vorbei, ob ihr mich erkennt!

Bis bald!

Eure

Sabine